

NACHRICHTEN

Indien: Zusammenstösse zwischen Kasten

PATNA: Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen verschiedener Kasten sind in Indien mindestens zwölf Grossgrundbesitzer getötet worden. 150 landlose Bauern seien in das Dorf Asarfi im östlichen Bundesstaat Bihar eingedrungen und hätten die Angehörigen einer hohen Kaste niedergeschossen, teilten die Behörden am Montag mit. Offenbar habe es sich um einen Racheakt für den Mord an drei Farmarbeitern, die einer niedrigen Kaste angehörten, vor einer Woche gehandelt.

Todesurteile voller juristischer Fehler

WASHINGTON: Über Zwei Drittel aller in den USA ausgesprochenen Todesurteile basieren auf so schweren juristischen Fehlern, dass die Fälle neu verhandelt werden müssen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der New Yorker Columbia Universität. Die Studie wurde am Montag veröffentlicht. Demnach ordneten die Gerichte zwischen 1973 und 1995 in 68 Prozent der 4578 analysierten Fälle eine Überprüfung der Todesurteile an. «Unsere Ergebnisse zeigen, dass das System der Todesstrafe unter dem Gewicht seiner eigenen Fehler zusammenbricht», sagte der Leiter der Untersuchung, James Liebmann. In den Revisionsprozessen hätten 82 Prozent der Verurteilten eine geringere Strafe erhalten, sieben Prozent seien sogar freigesprochen worden.

Putin: Aufruf zu Einheit



MOSKAU: Zum 10. Jahrestag der Souveränitätserklärung Russlands hat Präsident Wladimir Putin die Bürger zur Einheit aufgerufen. «Gemeinsam machen wir aus Russland einen starken Staat», sagte er am Montag bei einem Festempfang im Kreml. Am 12. Juni

1990 hatte der Oberste Sowjet der Russischen Föderation unter dem Vorsitz des gerade erst gewählten Boris Jelzin die Souveränität Russlands von der Sowjetunion erklärt. Der Tag wird seitdem als Nationalfeiertag begangen. In Anwesenheit Jelzins verwies Putin auf die Schwierigkeiten, nach dem Zerfall der Sowjetunion einen eigenen russischen Staat aufzubauen. «Vor zehn Jahren waren wir alle romantischer und naiver», sagte er. «Jetzt wissen wir, wie schwierig es ist, vor allem die Wirtschaft zu reformieren.»

Montenegro: Reformer siegen in Podgorica

PODGORICA: Bei Kommunalwahlen in der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro hat die Koalition des pro-westlichen Präsidenten Milo Djukanovic in der Hauptstadt Podgorica den Sieg davongetragen. Die OSZE zeigte sich in einer ersten Bilanz mit dem Wahlverlauf zufrieden. Im kleinen Adria-Kurort Herceg Novi dagegen konnte den Hochrechnungen zufolge Djukanovics Rivale, der jugoslawische Ministerpräsident Momir Bulatovic, die meisten Stimmen auf sich vereinen. Die vorgezogenen Wahlen vom Sonntag galten als Stimmungstest für Djukanovics Politik der Abgrenzung von Belgrad. Demnach kann er nicht mit der vollen Unterstützung der Bevölkerung rechnen. Mit dem endgültigen amtlichen Endergebnis wird nach Angaben lokaler Wahlhelfer am Donnerstag gerechnet.

Syrien stellt Weichen für Nachfolge

Präsident Hafis el Assad am Samstag 69-jährig gestorben

DAMASKUS: Nach dem Tod von Präsident Hafis el Assad hat Syrien umgehend die Weichen für eine reibungslose Nachfolge gestellt. Der 34-jährige Assad-Sohn Baschar soll alle Ämter seines Vaters im Staat und in der regierenden Baath-Partei übernehmen.



Die trauernden Menschen in Syrien bekundeten am Wochenende Sympathie für den verstorbenen Assad und seinen Sohn Baschar. (Bild: Keystone)

Er wurde bereits wenige Stunden nach dem Tod seines Vaters offiziell für die Nachfolge nominiert und zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt. Assad, der am Samstag nach langer Krankheit im Alter von 69 Jahren an Herzversagen gestorben war, soll heute Dienstag in seinem Heimatdorf Kardaia in Nordsyrien beigesetzt werden.

In Damaskus, wo Trauergäste aus aller Welt erwartet wurden, liefen am Montag die Vorbereitungen für das Staatsbegräbnis auf Hochtouren. Unter den Trauergästen sind zahlreiche Staatsoberhäupter und Mitglieder der Königshäuser aus den arabischen Nachbarländern sowie Palästinenserpräsident Jassir

Arafat und der ägyptische Staatschef Husni Mubarak.

Aus Frankreich werden Staatspräsident Jacques Chirac und Aussenminister Hubert Védrine erwartet. Die USA werden von Aussen-

ministerin Madeleine Albright vertreten, London schickt Aussenminister Robin Cook. Die Schweiz ist durch Bundesrat Joseph Deiss vertreten. Unmittelbar nach Assads Tod senkte das Parlament mit einer

Verfassungsänderung das Mindestalter für den Staatschef von 40 auf 34 Jahre, um Assads Sohn Baschar den Weg an die Macht zu ebnen. Die Führung der Baath-Partei schlug Baschar bereits als neues Staatsoberhaupt vor. Das Parlament soll am 25. Juni über die Nachfolge entscheiden. Anschliessend ist ein Referendum geplant. Alle bisherigen Volksabstimmungen hat die Staatsführung mit mehr als 99 Prozent der Stimmen gewonnen. Nach Angaben des syrischen Verteidigungsministers Mustafa Tlass vom Montag zeigen die Streitkräfte, zu deren Oberbefehlshaber Baschar vom amtierenden Staatschef und Vizepräsident Abdelhalim Chaddam im neuen Rang eines Brigadegenerals ernannt wurde, «Geschlossenheit und Loyalität». In Damaskus zogen am Montag den dritten Tag in Folge Tausende von trauernden Menschen durch die Strassen. Sie brachten nicht nur ihren Schmerz über den Tod des langjährigen Alleinherrschers zum Ausdruck, sondern bekundeten auch Baschar el Assads ihre Sympathie.

EU lobt Portugal

LUXEMBURG: Portugal ist von den anderen Ländern der Europäischen Union (EU) für seine Bemühungen um eine Reform der EU-Institutionen gelobt worden. Das verlautete am Montagabend nach Abschluss von Beratungen der EU-Aussenminister in Luxemburg.

Die Minister oder ihre Vertreter waren zu einem Sondertreffen zusammen gekommen. Die Beratungen fanden am Vorabend der regulären Aussenminister-Tagung statt, die am heutigen Dienstag beginnt.

In einer «Regierungskonferenz» wird derzeit in der EU die Reform der EU-Institutionen, wie Kommission und Parlament, sowie die Änderung der Abstimmungen im Ministerrat besprochen. «Portugal hat seine Vorgaben übererfüllt», hiess es in Delegationskreisen. Dafür habe es Lob und Anerkennung gegeben.

Äthiopien zu Friedensplan bereit

ADDIS ABEBA: Im Krieg am Horn von Afrika hat sich Äthiopien grundsätzlich bereit erklärt, einem vom Kriegsgegner Eritrea bereits angenommenen Friedensplan zuzustimmen. Die letzte Entscheidung darüber liege aber beim Parlament.

Dies hiess es in einer am Montag in Addis Abeba verbreiteten Regierungserklärung. Der Friedensplan war von der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) vorgeschlagen worden.

Obwohl Eritrea dem Plan bereits zugestimmt hatte, startete Äthiopien am Samstag zunächst neue Angriffe, die es als Gegenoffensive bezeichnete. Beide Seiten meldeten militärische Erfolge.

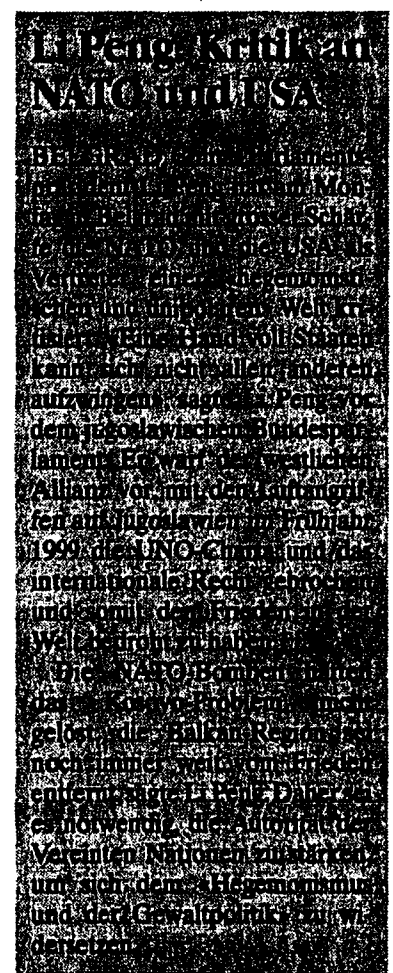
Der 15 Punkte umfassende Waffenstillstandsplan der OAU sieht zur Beilegung des Grenzstreits unter anderem vor, dass sich die äthio-

pischen Soldaten auf die Vorkriegspositionen zurückziehen.

Zwischen beiden Staaten soll eine 20 Kilometer breite Pufferzone eingerichtet und durch eine UNO-Friedenstruppe überwacht werden, bis der Streit um den Grenzverlauf durch Spezialisten geklärt ist.

Algerien, das die Vermittlungsbemühungen leitet, hat die Konfliktparteien bis zum kommenden Wochenende zur Unterzeichnung einer Waffenruhe-Vereinbarung nach Algier eingeladen.

Eritreas Armee hatte vor dem äthiopischen Einlenken nach eigenen Angaben äthiopische Offensiven bei Senafe und nahe der Hafenstadt Assab am Roten Meer zurück geschlagen. Auf äthiopischer Seite habe es dabei hohe Verluste gegeben, sagte der eritreische Präsidentenberater Yemane Gebremeskel am Sonntag in Asmara.



Kosovo: Immer noch gemischte Gefühle

Kouchner: UNO wird noch jahrelang in Provinz bleiben müssen

PRISTINA: Die UNO-Mission im Kosovo sieht einen dauerhaften Frieden in der Provinz ein Jahre nach dem Einmarsch der KFOR-Truppe noch in weiter Ferne. Mit unterschiedlichen Gefühlen haben Serben und Albaner am Wochenende des Endes des Kosovo-Kriegs gedacht.

Gemeinschaft werde noch lange in der Provinz bleiben müssen.

Kouchner kündigte zudem an, den Menschen im Kosovo nach den im Oktober geplanten Kommunalwahlen mehr Regierungsverant-

wortung zu übertragen. Er bot einen «Pakt» an, bei dem der Status der Minderheiten und die Details der Autonomie der Provinz geregelt werden sollen.

Die Zukunft des Kosovo, dessen

albanische Mehrheitsbevölkerung weiter nach Unabhängigkeit von Jugoslawien strebt, werde sich im südosteuropäischen Gesamtzusammenhang entscheiden, sagte Kouchner weiter.

Auch der KFOR-Kommandant, der spanische General Juan Ortuño, rief die Menschen im Kosovo zum Aufbau einer friedlichen Zukunft auf. «Für viele ist das Leben zur Normalität zurückgekehrt», wurde Ortuño in einer Mitteilung zitiert. Leider gebe es aber auch Leute, die weiterhin ein Klima des Hasses und der Gewalt erhalten wollten.



Mit verschiedenen Veranstaltungen wurde am Wochenende des Endes des Kosovo-Kriegs vor einem Jahr gedacht. (Bild: Keystone)

In der Hauptstadt Pristina feierten Tausende von Albanern das Ende der serbischen Gewaltherrschaft in ihrer Provinz, während in der geteilten Stadt Kosovska Mitrovica rund 2000 Serben gegen die zunehmende Gewalt gegen Minderheiten protestierten. In ganz Serbien legten Menschen zum Gedenken an die Kriegsoffer Kränze und Blumen nieder.

Der Leiter der UNO-Mission im Kosovo (UNMIK), der Franzose Bernard Kouchner, sagte am Montag in Pristina: «Es dauert Dutzende von Jahren, nicht Dutzende von Monaten, eine auf Toleranz und Koexistenz gründende Gesellschaft aufzubauen.» Die internationale

REKLAME

FORTUNA
Investment AG Vaduz
Inventarwert vom 9. Juni 2000

FORTUNA
Europe Balanced Fund Euro
EUR 109.67*

FORTUNA
Europe Balanced Fund
Schweizer Franken
CHF 102.01*

*+Ausgabekommission

CENTURUM BANK

PanAlpina Sicav
Alpina V

Preise vom 9. Juni 2000

Kategorie A (thesaurierend)
Ausgabepreis: € 58.90
Rücknahmepreis: € 57.71

Kategorie B (ausschüttend)
Ausgabepreis: € 58.00
Rücknahmepreis: € 56.75